Birgit Daiber, Juli 2007

Eine wahre Geschichte aus Eurabsurdistan – oder warum diejenigen, die Europa für eine Schimäre halten, manchmal Recht haben.

Die Europäische Union ist nicht zuletzt ein Weihnachtsmann, der das Steuergeld seiner Bürgerinnen und Bürger zur Entwicklung benachteiligter Regionen und Sektoren umverteilt.. Neben vielen kleineren und größeren Geldtöpfen gibt es da die berühmten Strukturfonds, und innerhalb der Strukturfonds wiederum gibt es spezifische kleinere Programme, mit denen spezifische europäische Zielsetzungen in transnationalen Kooperationen verwirklicht werden sollen. So zwischen 1999 und 2007 im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung das Programm Interreg. Mit diesem Programm sollten transnationale Partnerschaften zur lokalen Entwicklung finanziert werden. Auch dieses Programm hatte wiederum diverse Unterprogramme, so zum Beispiel das Programm CADSES, über das ich hier berichten möchte.

Bevor ich aber in die wirkliche Geschichte einsteige, muss ich den bürokratischen Feinheiten noch ein entscheidendes Detail hinzufügen. Während traditionell die spezifischen Programme der EU-Strukturfonds von der EU-Kommission in Brüssel abgewickelt wurden, hatte man sich für die Finanzierungsperiode 2003-2007 etwas ganz besonderes ausgedacht. Diesmal sollte nicht die EU-Kommission in Brüssel direkt mit der Abwicklung befasst sein, sondern jedes Teilprogramm erhielt ein eigenes technisches Sekretariat in einem der Mitgliedsländer und für die Abwicklung und die finanziellen Angelegenheiten der Projekte wurde eines der nationalen Ministerien bestimmt. Im Falle von CADSES war dies das italienische Ministerium für Transport und Infrastruktur in Rom. Das technische Sekretariat in Dresden war zusammen mit der EU-Kommission für die Bewilligung der Projekte zuständig und das römische Ministerium sollte die einzelnen Finanzanforderungen bei der Abwicklung der Projekte prüfen und die Auszahlung der Zuschüsse vornehmen – die EU-Kommission hatte also nichts mehr mit den einzelnen Projekten zu tun sondern sollte lediglich in bestimmten Abständen größere Tranchen des Geldes nach Rom überweisen. Wer bis hierher dem ganzen Theater folgen konnte, fragt sich natürlich, warum wir eigentlich unsere Steuergelder nach Brüssel transferieren, wenn die EU-Kommission dann die Verantwortung wieder abgibt an ein nationales Ministerium – denn Brüssel macht sich ja offensichtlich selbst überflüssig – und als reine Zahlstelle könnte schließlich auch eine internationale Bank fungieren. Aber dies ist nur ein Nebenaspekt meiner Geschichte und soll hier nicht weiter ausgeleuchtet werden.

Jetzt kommt die Praxis ins Spiel. Ein Projekt in so einem Programm wird von einem verantwortlichen Hauptantragsteller, dem Lead-Partner ausgearbeitet und beantragt, und dieser Lead-Partner sucht sich seine Ko-Partner, die einen Teil der Kofinanzierung übernehmen, sich and den transnationalen Aktivitäten beteiligen und das Projekt in ihrer eigenen Region verwirklichen. In unserem Falle war die Region Apulien in Süditalien der Lead-Partner und es gab Ko-Partner aus Italien, Griechenland, Deutschland, sowie aus Albanien, Polen und Rumänien – die letzteren beiden gehörten zum Zeitpunkt der Realisierung des Projektes noch nicht zur EU und hatten somit noch keinen Anspruch auf eine EU-Finanzierung ihrer Aktivitäten.

Unser Projekt wurde zum ersten Januar 2004 von der EU-Kommission bewilligt mit einem finanziellen Gesamtvolumen incl. Kofinanzierungen von 2,6 Mio €. Wahrlich kein Pappenstiel. Bis April sah alles ganz gut aus, es gab intensive Kontakte zur Vorbereitung der Aktivitäten – und dann herrschte plötzlich Funkstille. Die Koordinatorin bei der Region Apulien ließ uns wissen, sie sei nicht mehr für das Projekt zuständig und die Region antwortete auf keine Anfrage. Schließlich meldete sich das BIG Puglia, die regionale Entwicklungsagentur und übernahm interimsmäßig die Verantwortung für das Projekt. Wohlgemerkt: es handelt sich hier um ein Programm, in dem regionale innovatorische Entwicklungen mit neuen lokalen Netzwerkbildungen und neuen Strukturmaßnahmen

stattfinden sollen. Wir hatten in Berlin angefangen, ein Netzwerk aufzubauen und Leute für unsere Ideen zu interessieren – aber nach dem Bruch im April 2004 mussten wir unsere lokalen Aktivitäten bremsen, denn es war ja keineswegs klar, was aus dem Gesamtprojekt werden würde. Schließlich wurde für November 2004 zum Start-Seminar in Apulien eingeladen, aber zwei Tage vor Beginn wurde dieses Treffen aus technischen Gründen wieder abgesagt. Da saßen wir nun mit unseren Billig-Tickets die nicht umgetauscht werden konnten.

Nach vielem Hin und Her und Telefonaten mit anderen Partnern fand das Start-Seminar dann im Februar 2005, also mehr als ein Jahr nach dem Beginn der dreijährigen Laufzeit des Projektes, statt. Es gab viel Pomp und in Anwesenheit des lokalen Fernsehens setzte jeder Partner seine Unterschrift unter die Kooperationsvereinbarung – aber es gab keine Arbeitssitzung und keine klaren Absprachen über das weitere Vorgehen. Bezüglich der Abrechnungen wurde uns gesagt, wir müssten die erste Abrechnung mit allen Unterlagen bis Anfang September 2005 einreichen. Wir fuhren also frohen Mutes nach Berlin zurück und begannen von neuem, das Netzwerk für das Projekt aufzubauen und die Feldstudie zur Implementierung der Projektstrategie auszuarbeiten. Im September reichten wir pünktlich unsere Abrechnung ein und gingen davon aus, dass wir bis zum Ende des Jahres mit dem ersten Finanzbeitrag der EU rechnen könnten. Im Dezember 2005 erfuhren wir dann zufällig bei einem Arbeitstreffen in Bari, dass die Abrechnungen noch gar nicht nach Rom eingereicht worden waren und dass wir noch Korrekturen anfügen mussten. Dies taten wir und im Februar 2006 wurde die erste Abrechnung in Rom eingereicht. Weiterhin organisierte das BIC Puglia die notwendigsten Arbeiten für das Projekt, die Region hatte Wahlen gehabt und es gab eine neue politische Führung, die erst noch eingearbeitet werden musste … Jedenfalls war weiterhin weder eine Koordination durch den Lead-Partner noch eine technische Assistenz in Sicht. Andere Partner sagten uns, wir sollten um Himmelswillen unsere Mitarbeit nicht einstellen, wir müssten eben versuchen, mit diesen Blockaden und Behinderungen zu leben..

Inzwischen drohte aber Unheil aus einer ganz anderen Richtung. Das Ministerium in Rom hatte so schlampig gearbeitet, dass die EU-Kommission ihre Zahlungen einstellte. Wann mit einer Deblockierung der Mittel zu rechnen war, war unklar, das technische Sekretariat machte uns Hoffnungen, dass es vielleicht schon im April 2006 zu Auszahlungen kommen könnte. Inzwischen haben wir böse Briefe an die Region Apulien geschrieben und im Mai 2006 erhielten wir die Mitteilung, dass nun eine Technische Assistenz für das Projekt eingesetzt worden sei. Im Juli 2006 (immer noch war kein Geld in Sicht) fand ein Treffen in Bari statt, in dem zusammen mit der Technischen Assistenz eine realistische Bestandsaufnahme des Projektes gemacht wurde und die TA verhandelte mit Rom über Veränderungen des Vertrages und eine Verlängerung über 2006 hinaus. Diese Verhandlungen verliefen zufriedenstellend – aber die Gelder aus Brüssel waren immer noch blockiert. Eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft war beauftragt worden, die Unterlagen des Ministeriums zu überprüfen und bevor deren Endbericht nicht vorlag, war an eine Deblockierung der Gelder in Brüssel nicht zu denken. In einem Gespräch mit einem der Mitarbeiter der EU-Kommission sagte dieser kategorisch: Bevor nicht alle Dinge mit Rom geklärt seien, werde es keinen Geldfluss geben. Auf die Vorhaltung, dass die schlechte Organisation des Programms und die Fehler des römischen Ministeriums ja wohl nicht auf dem Rücken der Projekte ausgetragen werden konnten – schließlich hatten sich diese (insgesamt waren es über 140 Projekte mit vielen Partnern) im Vertrauen auf eine korrekte Abwicklung durch die EU-Kommission an dem Programm beteiligt und so mancher Partner hätte sich eine Beteiligung zweimal überlegt, wenn von vorneherein klar gewesen wäre, dass ausgerechnet ein italienisches Ministerium mit der Abwicklung beauftragt wird … Dieser Einwand berührte den Mann in Brüssel aber keineswegs. Schließlich half ein wenig europäische Öffentlichkeit, die Dinge in Gang zu bringen: Der Europaabgeordnete André Brie hat im Herbst 2006 in einer Anfrage an die EU-Kommission um Aufklärung über das undurchsichtige Gebahren gebeten. Die Antwort der Kommission auf diese Anfrage war inhaltsleer wie so häufig, aber immerhin geschah es, dass das Steuerungsgremium des

Programms im Dezember 2006 eine Teil-Deblockierung beschloss. Ab Anfang 2007 sollte das Geld endlich wieder fließen.

Unser Projekt ging inzwischen in seine Endphase und unter Aufbietung aller unserer Ressourcen – incl. der Nerven – konnten wir eine einigermaßen korrekte Erfüllung unserer Aufgaben bis zum 30.Juni 2007, dem Ende des Projektes, sicherstellen.

Nun kommt aber wieder die Region Apulien ins Spiel. Sie ist Antragssteller für die Auszahlungen der Projektmittel und sie erhält die Zahlungen für alle Partner und muss das Geld dann weiterreichen. Auf Anfrage erklärte die Region immer wieder, es sei leider noch keine Zahlung eingegangen. Mit Hilfe des Technischen Sekretariats fanden wir dann heraus, dass die ersten Teilzahlungen für das Projekt am 16. April von Rom getätigt wurden. Wir informierten sofort die Region, erhielten von dort aber die Antwort: es gebe keine Zahlungen. Bis dann Anfang Mai gesagt wurde, das Ministerium in Rom habe das Geld auf ein merkwürdiges Konto der Region in Rom überwiesen, auf das kein direkter Zugriff bestehe und die Region müsse einen Kurier nach Rom schicken. Wenn das Geld in Bari sei, würde die Prozedur der Auszahlung sofort beginnen. Ende Mai sagte man uns, diese Prozedur sei eingeleitet, betreffe mehrere Abteilungen der Region und wir müssten mit weiteren 20 Tagen rechnen, bis das Geld – es handelt sich immer noch um die erste Tranche der EU-Mittel für 2004/2005, die anderen Anforderungen waren entweder in der Bearbeitung in Rom oder lagen dort noch unbearbeitet – auf unserem Konto sei. Langsam wurde es allerdings eng. Es gab bestimmte Rechnungen, die im Laufe der Projektarbeit angefallen waren und die wir nicht bezahlen konnten – wenn sie aber bis zum Ende des Projektes, also zum 30. Juni, nicht bezahlt waren, würden sie von der EU-Kommission nicht anerkannt werden und wir hätten sie aus unserer Tasche bezahlen müssen. Aber da wir zu diesem Zeitpunkt bereits mit ca. 250.000 € für das Projekt in Vorleistung getreten waren, war unser finanzieller Spielraum völlig ausgereizt. Am 24. Juni schließlich wurde uns mit Ehrenwort versichert, die Überweisung sei zur Bank gebracht worden. Im Vertrauen darauf haben wir alle offenen Rechnungen beglichen und das Projekt ordnungsgemäß zum 30. Juni abgeschlossen. Die erste Tranche der EU-Mittel traf dann in Berlin am 10. Juli ein. Wir müssen damit rechnen, auch für die nächsten Zahlungen dedektivische Strategien anzuwenden.

Uns hätte es eigentlich gereicht, wenn eine Instanz versagt hätte. Dass aber gleich zwei Instanzen völlig versagen, nämlich die Programm-Ebene in Gestalt der EU-Kommission und des römischen Ministeriums sowie der für das Projekt zuständige Koordinator, die Region Apulien, das ist schon starker Tobak gewesen.

Die Moral der Geschichte? Jeder vernünftige Mensch wird sagen: Lass bloß die Finger weg von EU-Projekten. Das hilft aber nicht viel, weil hier viel zu viel europäisches Steuergeld verbraten wird, als dass man das so laufen lassen darf. Ab 2007 sind die Mitgliedsstaaten weitgehend selbst im Rahmen ihrer EU-Mittel für die Abwicklung zuständig. Und ob das dann so läuft wie in Italien oder anders, das interessiert in Brüssel offensichtlich niemanden und die Mitgliedsstaaten spucken sich gegenseitig nicht in die Suppe. Es gibt offensichtlich keine Verantwortlichkeit der EU-Kommission für die Abwicklung der Programme. D.h. es gibt niemanden mehr auf der europäischen Ebene, der sich Gedanken darüber macht, ob und wie das europäische Geld für die schönen Zielsetzungen ausgegeben wird, die in den nationalen Aktionsplänen, operationellen Programmen und anderen wohlklingenden Papieren stehen. Die reine Finanzkontrolle, die weiterhin existiert, kann die Feinheiten der Wirklichkeit nicht erfassen. Soviel ist klar. Wenn das jetzige Verfahren weitergedacht wird, dann scheint der nächste logische Schritt zu sein, dass ab 2013 gar keine gemeinsamen europäischen Programme und spezifische Fonds mehr aufgelegt werden sondern ein schlichter Finanzausgleich zwischen den Ländern stattfindet – ähnlich dem Länderfinanzausgleich in Deutschland. Damit hätten wir dann alle Probleme gelöst und niemand müsste sich weiterhin um gemeinsame europäische Zielsetzungen in der Strukturpolitik Gedanken machen. Damit würde aber auch der europäische Gedanke als

Gestaltungselement in der Wirklichkeit der Menschen, so schwach er auch immer gewesen sei, endgültig begraben.